

**Perspektive!**



**Justiz am Boden?**

**Wir bleiben dran**

## **Politik in Verzug Seit Jahren gefordert Noch immer ignoriert**

- 1) 500 neue Richterstellen und 200 neue Staatsanwaltsstellen
- 2) Amtangemessene Besoldung
- 3) Rücknahme der Beihilfekürzungen
- 4) Rücknahme der Weihnachts- und Urlaubsgeldkürzung
- 5) Verbesserte Sachmittel- und IT-Ausstattung
- 6) Ausweitung der Mitbestimmung in einem neuen LRiStAG
- 7) Leistungsfähiger Service-Bereich
- 8) Selbstverwaltung der Justiz

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

Der Vorstand des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW,  
Landesverband NRW des Deutschen Richterbundes  
Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Tel. (02381) 29814; Fax (02381) 22568  
E-Mail: info@drb-nrw.de, Internet: www.drb-nrw.de

### **Redaktion:**

Wolfgang Fey (RAG a.D.) (verantwortlich); Margret Dichter (VRinLG);  
Dr. Einhard Franke (DAG); Jürgen Hagmann (RAG a.D.);  
Stephanie Kerkerling (StAin); Harald Kloos (RAG); Simone Lersch (StAin);  
Lars Mückner (RAG); Nadine Rheker (RinAG); Antonietta Rubino (Rin);  
Klaus Rupprecht (RAG a.D.); Manfred Wucherpfennig (VRLG).  
E-Mail: rista@drb-nrw.de

Verlag: Neusser Druckerei und Verlag GmbH, Moselstraße 14, 41464 Neuss  
E-Mail: richterundstaatsanwalt@ndv.de

Anzeigen: Iris Domann, Tel: 0 21 31/404-232; Fax: 0 21 31/404-424;

E-Mail iris.domann@ndv.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 01. Januar 2011

Vertrieb: Tel: 0 21 31/404-560; Fax: 0 21 31/404-561;

E-Mail: leserservice@ndv.de

Herstellung: L. N. Schaffrath Druck Medien GmbH & Co. KG

Marktweg 42-50, 47608 Geldern, www.schaffrath.de

### **Bezugsbedingungen:**

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezugspreis für Nichtmitglieder jährlich 20,- € plus Versandkosten.

Konto des Landesverbandes NW des Deutschen Richterbundes:

Sparkasse Hamm (BLZ 41050095), Konto-Nr. 70227 – auch für Beitragszahlungen

### **Zuschriften erbeten an:**

Geschäftsstelle des Landesverbandes, Martin-Luther-Str. 11, 59065 Hamm,  
oder Wolfgang Fey, Becher Str. 65, 40476 Düsseldorf.

**Die Formulierungen „Richter“ und „Staatsanwalt“ bezeichnen in RiStA geschlechtsunabhängig den Beruf.**

**Namentlich gekennzeichnete Berichte entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion.**

**Titelbild von Lars Mückner, Hamm**

## **INHALT**

<i>editorial</i>	3
------------------	---

### *drb intern*

Aus der Vorstandsarbeit	4
Vorankündigung 2. Amtsrichtertag	4
Antwort	4
Presseerklärung	13
Bericht der StA-Kommission	13

### *beruf aktuell*

Ergebnisse der Richterrätewahlen	5
Fünf Forderungen des DRB-NRW	8
Hinweis zum RiStA-Tag	12
Nachtrag zum JM-Interview	12

### *aktion*

Justiz in der Diktatur	14
------------------------	----

### *fachgerichtsbarkeiten*

Richterrätewahlen der Arbeitsrichter	6
Richterrätewahlen der Finanzrichter	6
Richterrätewahlen der Sozialrichter	7

### *Impressum*

2

**RiStA braucht Leserbrief**  
rista@drb-nrw.de

## Perspektiven für die Justiz gesucht

Liebe Leserinnen und Leser,

Die seit Sommer 2010 regierende rot-grüne Koalition muss einen Landeshaushalt 2011 aufstellen, der vielen Bereichen gerecht werden soll. Auch die Justiz hat Ansprüche angemeldet. Einige dieser Forderungen werden in diesem Heft dargestellt. Dabei handelt es sich zum Teil um Gesetzesinitiativen, die der DRB-NRW schon seit Jahren fordert. Dazu gehört eine angemessene Besoldung, für die gerade wieder die Besoldungsrunde gestartet ist. Der Bund der Richter und Staatsanwälte ist zwar nicht Tarifpartner, aber in jahrzehntelanger Kooperation mit dem Deutschen Beamtenbund beteiligt.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte hat die letzte – schwarz/gelbe – Regierung mehrfach aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie die Justiz in diesem Lande aufgestellt sein soll. Vor allem war die Selbstverwaltung der Justiz als dritter Staatsgewalt angemahnt und die Erweiterung der Mitbestimmung nach einem einheitlichen Richter- und Staatsanwalts-gesetz in NRW (LRiStAG).

Die Justiz wird vielfach noch immer als fünftes Rad am Wagen des Regierungssystems gesehen und deren Kosten sollen sich daher nach den finanziellen Sachzwängen richten. Das Bundesverfassungsgericht hat dem zwar mehrfach widersprochen und (indirekt) mehr Geld für die personelle und sächliche Ausstattung eingefordert. So ist der (nächtliche) Einsatz des Justizapparates nicht ohne Mehraufwand durchführbar. Und jeder weiß, dass die PebbSy-Bewertung 2003 durchgeführt worden ist, um einen angemessenen Personaleinsatz zu ermöglichen und ggf. ständige Akkordarbeit zu verhindern, also nicht – wie anschließend nach dem Vorliegen des Ergebnisses behauptet worden ist –, um eine gleichmäßige Verteilung der Überlast zu erreichen.

Die Parlamentarier müssen sich bewusst sein und werden, dass die Demokratie auf drei Beinen aufgebaut worden ist: Legislative, Exekutive und Judikative. Die Justiz hat schon immer sparsam gewirtschaftet. Aber sie ist nun einmal personalintensiv und sie hat einen anderen, und zwar einen eigenständigen Status im Gegensatz zu Verwaltungsbehörden oder Anstalten des öffentlichen Rechts und kommunalen Einrichtungen.

Die Justiz soll für den Bürger da sein, ihm zu seinem Recht verhelfen. Das kostet nun mal.

Von daher brauchen wir eine Justiz, die auch in der Öffentlichkeit ein würdiges Bild abgibt. Das Parlament muss aufhören, den Justizhaushalt als Verfügungsmasse anzusehen. An Richter und Staatsanwalt wird von allen Seiten gezerrt und gezogen. Sind wir die Justizsklaven der Nation, die keine Lobby haben und keine Perspektive? Kann man die Justiz knechten, weil es sich ja bisher immer noch bestätigt hat, dass die Justiz das Aktenpensum schon schafft?

Ich kann nur hoffen, dass das Titelbild dieses Heftes keinen Zustand beschreibt, auf den wir zusteuern. Es soll ein Appell sein, über die Zukunft der Justiz nachzudenken. Dazu sind insbesondere die Parlamentarier aufgefordert, aber auch Professoren und alle (sachkundigen) Bürger. Auch der Bürger wird sich fragen lassen müssen, ob die Justiz für die Durchsetzung jedweder Forderung belastet werden kann oder darf.

Es bedarf also wie bei der Verteilung der Haushaltsmittel eines Konzeptes, das allen (oder zumindest vielen) gerecht wird. Im Vordergrund muss stehen, dass die Justiz als dritte Staatsgewalt ihr Standbein zur Erhaltung der Demokratie und des Staates behält. Die Richter und Staatsanwälte sorgen dafür zurzeit noch mit lobenswertem Einsatz.

Darüber sollten die Parlamentarier in diesen Tagen und Wochen eindringlich beraten, um eine praktikable Lösung des Haushaltsproblems JUSTIZ zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Wolfgang Fey



Wolfgang Fey  
Chefredakteur

**2. Amtsrichtertag  
des DRB-NRW**

**Mittwoch, 11. Mai 2011, 10:00 Uhr – 16:00 Uhr**

in

**Mülheim an der Ruhr, Stadthalle**

Theodor-Heuss-Platz 1, 45479 Mülheim an der Ruhr

**Grußwort:** **Thomas Kutschaty**  
Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen

**Themen:**

- **Generationenwechsel / Wissenstransfer (Workshop 1)**
- **Eildienst (Workshop 2)**
- **Richterassistenz (Workshop 3)**

**Ablauf:**

**Vormittag:** Arbeit in **Workshops**/Erarbeitung von Thesen und Forderungen

Mittagspause mit kleinen Snacks

**Nachmittag:** Diskussion und Verabschiedung der Thesen im **Plenum**

Alle Amtsrichterinnen und Amtsrichter sind herzlich eingeladen.

Die Teilnahme ist kostenlos. Fahrtkosten können allerdings nicht übernommen werden.

Anmeldungen richten Sie bitte an die Geschäftsstelle (E-Mail an [info@drb-nrw.de](mailto:info@drb-nrw.de) genügt).

Für die **Amtsrichterkommission des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW e.V.**

alle noch vorhandenen kw-Vermerke zu streichen. Davon seien insbesondere 200 Stellen im nichtrichterlichen und nicht-staatsanwaltschaftlichen Dienst betroffen.

Nicht nur aufgrund dieser erfreulichen Mitteilung verlief die Veranstaltung in offener, angenehmer Atmosphäre. JM Kutschaty sagte abschließend auch sein Erscheinen zum 2. Amtsrichtertag des DRB-NRW am 11. 5. 2011 in Mülheim zu.

In der dem Treffen vorgeschalteten Vorstandssitzung wurden die Ergebnisse der Richterrätewahlen 2010 erörtert. Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW und die drei Landesverbände der Fachgerichtsbarkeiten haben auf allen Ebenen Prozentpunkte hinzugewonnen und in einigen Gremien auch weitere Sitze. Dadurch konnten die Mehrheitsverhältnisse in den Räten zugunsten unseres Verbandes weiter verbessert werden. Auch soweit sich aufgrund des Zählverfahrens die Stimmenverhältnisse nicht geändert haben, hat der DRB-NRW in diesen Bereichen deutlich zugelegt. Das hat unsere Position weiter gestärkt, gerade auch im Gespräch mit der Politik. Der Dank gilt daher allen unseren Wählern, die deutlich gemacht haben, dass unsere substantielle und nachhaltige Arbeit für sie auch von ihnen wahrgenommen wird.

## Aus der Vorstandsarbeit

# Neuer Anlauf für mehr Mitbestimmung

Wie zu Beginn eines jeden Jahres traf sich der Geschäftsführende Vorstand des DRB-NRW am 13.01.2011 mit Justizminister Thomas Kutschaty und seinen leitenden Mitarbeitern, u. a. der Staatssekretärin Dr. Brigitte Mandt, zu einem „Jahresgespräch“ im Ministerium, um die im laufenden Jahr anstehenden Themen im Überblick konzentriert anzusprechen.

Der neue JM erläuterte, er wolle in Übereinstimmung mit den Zielen der Landesregierung wieder für mehr Mitbestimmung im richter- und staatsanwaltschaftlichen Bereich sorgen. Durch Änderung des LPVG soll eine alte Forderung des DRB-NRW erfüllt werden und eine örtliche Personalvertretung der Staatsanwälte eingerichtet werden. Wenn dies schnell genug umgesetzt werden kann, könnten also zu den nächsten Personalratswahlen der Staatsanwälte im Mai 2012 auch Personalräte vor Ort, also bei den 19 Staatsanwaltschaften und den drei GStAen zu wählen seien.

Auch das in der letzten Legislaturperiode nicht mehr umgesetzte Landesrichter- und Staatsanwalts-gesetz (LRiStAG) soll nun forciert werden. Der DRB-NRW hat zugesagt, seinen damaligen Entwurf zu

überarbeiten, um unseren Sachverstand mit einzubringen.

Weitere Themen des Gesprächs waren im Rahmen der Erörterung der Personallage die Belastung der Staatsanwälte mit Aufgaben aus dem Bereich der Amtsanwälte. Das Ministerium belegte durch Statistiken, dass nach dieser „stellenbasierten“ Berechnung die Belastung im richter- und staatsanwaltschaftlichen Bereich in 2010 etwas gesunken sei. Diese Berechnungsform bilde zwar nur indirekt die reale Belastung vor Ort ab, da immer ein nicht unerheblicher Stellenanteil nicht besetzt sei. Es sei aber – um Vergleichbarkeit zu gewährleisten – im politischen Raum bundesweit Usus, die Belastungszahlen stellenbasiert zu ermitteln (Einzelheiten zu den Zahlen und unsere Bewertung s. S. 8). Es sei dabei Aufgabe der OLGs und GStAen, die vorhandenen Stellen umgehend zu besetzen, worauf das Ministerium keinen Einfluss habe.

Um die Überlast generell abzubauen, sollen im geplanten neuen Landeshaushalt 2011 **32 Stellen für Staatsanwälte und Richter aller Gerichtsbarkeiten geschaffen werden**, im Wesentlichen durch Mittelumverteilung. Ferner beabsichtigt man,

## Antwort

Die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat das Schreiben der Verbände vom 22. 10. 2010 (RiStA 6/2010, S. 4) zur Antwort an FinM Dr. Norbert Walter-Borjans weitergereicht. Dieser teilte dem DRB-NRW am 31. 01. 2011 zu den Forderungen zur Besoldung, insbesondere zur Rücknahme der Kürzungen beim Weihnachtsgeld u. a. mit (Volltext unter [www.drb-nrw.de](http://www.drb-nrw.de)):

*Ich habe bereits im Zusammenhang mit den aktuell anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst angekündigt, dass die Beamten, Richter und Staatsanwälte zukünftig nicht weiter von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden dürfen. Dazu gehört nach meiner Auffassung, dass gute Arbeit angemessen bezahlt wird ... Gleichwohl können wir Veränderungen und Einsparmaßnahmen aus der Vergangenheit nicht mit einem Federstrich rückgängig machen ...*

*Ich mache aber auch in der Öffentlichkeit immer wieder darauf aufmerksam, dass hohen Erwartungen an die Leistungen des Staates auch die Bereitschaft der Steuerzahler gegenüberstehen muss, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes anständig zu bezahlen.*



## Ergebnisse der Richterräte-Wahlen

# Unsere Vertreterinnen und Vertreter in den Richterräten

Die Wahlen zu den Richterververtretungen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit haben dazu geführt, dass der Deutsche Richterbund wieder die bei weitem stärkste Kraft ist. Nachfolgend teilt RiStA Ihnen die **Ansprechpartner unseres Verbandes** in den einzelnen Gremien mit.

Die Räte haben sich inzwischen konstituiert. **Halbfett** gedruckt sind die Namen der Vorsitzenden, **kursiv** gedruckt die Namen der Stellvertreter.



Dr. Bernhard Scheiff

### Präsidialrat

#### Vorsitzender

Präsident des Landgerichts  
**Dr. Bernhard Scheiff**  
(Mönchengladbach)

und als Vertreter  
Präsident des Landgerichts  
*Peter Clemen* (Detmold)

### Sitze:

#### Düsseldorf:

1. VROLG Heinrich Reis (Düsseldorf)
2. VRinLG Gudrun Rebell (Krefeld)

#### Hamm:

1. RAG Karl-Hans Faupel (Essen)
2. VRinOLG Ute Gerlach-Worch (Hamm)
3. VRLG Franz Berding (Münster)

#### Köln:

1. VRLG Dietmar Reiprich (Köln)
2. RAG Karl-Heinz Seidel (Köln)

Der DRB-NRW nimmt somit in Hamm einen weiteren Sitz ein, nämlich einschließlich des Vorsitzenden 8 von 9 Plätzen.



Reiner Lindemann

### Hauptrichterrat (9 Sitze)

1. RAG **Reiner Lindemann** (Moers)
2. DAG *Christian Friehoff* (Rahden)
3. VRLG Manfred Wucherpfennig (Bonn)
4. DAG Dr. Einhard Franke (Mülheim)
5. RAG Paul Kimmeskamp (Bochum)
6. RAG Dirk Luhmer (Köln)

Der DRB-NRW stellt somit – wie bisher – 6 von neun Mitgliedern



Thomas Posegga



Marion Jöhren

### Bezirksrichterräte (jeweils 9 Sitze)

#### OLG-Bezirk Düsseldorf

1. RLG **Thomas Posegga** (Duisburg)
2. RinAG Barbara Borgmann (Neuss)
3. VRLG Johannes Huismann (Kleve)
4. RAG Claus Flören  
(Mönchengladbach)
5. RLG Torsten Vock (Wuppertal)
6. RinAG Angelika Bienert (Mülheim)
7. RinOLG *Sylvia Lieberoth-Leden*  
(Düsseldorf)

3. RinAG Doris Goß (Meschede)
4. RLG Kai Niesten-Dietrich  
(Bielefeld)
5. RLG Marc Bünnecke (Dortmund)
6. RAG Dr. Gerd Hamme (Essen)

#### OLG-Bezirk Köln

1. VRinLG **Margarete Reske** (Köln)
2. RAG Heinz Berge (Geilenkirchen)
3. RLG Dr. Marc Eumann (Bonn)
4. ROLG *Klaus Berghaus* (Köln)
5. RinLG Hildegard Tag (Aachen)
6. RinLG Anke Klatte (Bonn)
7. RAG Michael Küppers (Köln)

#### OLG-Bezirk Hamm

1. RinOLG **Marion Jöhren** (Hamm)
2. RAG *Stefan Matthias* (Hagen)



Margarete Reske

Der DRB-NRW stellt in Köln somit 7 statt bisher 6 und wie bisher in Hamm 6 und in Düsseldorf 7 Mitglieder.

## Aus der Arbeitsgerichtsbarkeit

Ergebnisse der  
Richterrätewahlen

In den neu gewählten Richtervertretungen in der Arbeitsgerichtsbarkeit errang der Richterbund der Arbeitsgerichtsbarkeit (RBA NW) die nachstehenden Plätze:



Brigitte Göttling

**Präsidialrat**

Zur Vorsitzenden gewählt wurde  
PrinLAG **Brigitte Göttling** (Düsseldorf)

sowie als **weitere Mitglieder**  
VR LAG Dr. Reinhard Westhoff  
(Düsseldorf)  
VRLAG Eckhard Limberg (Hamm)  
VRLAG Dr. Jochen Kreitner (Köln)



Jürgen Barth

**Hauptrichterrat**

Im HRR wurden – wie bisher  
– vier von sieben Sitzen durch den  
RBA besetzt:  
VRLAG **Jürgen Barth** (Düsseldorf)  
VRLAG Dr. Klaus Wessel (Hamm)  
RinArbG Dr. Brigitta Liebscher (Köln)  
DinArbG *Sabine Dauch* (Düsseldorf)



Olaf Klein

**Bezirksrichterräte**

In den BRR **Düsseldorf** wurden  
– auf drei von sieben – Plätzen  
gewählt:  
DinArbG *Olaf Klein* (Krefeld)  
DinArbG *Sabine Dauch* (Düsseldorf)  
RARbG Jens Marek Pletsch (Essen)



Ines Koch

In den BRR **Hamm** wurden diesmal  
vier von sieben Sitzen durch den RBA  
eingenommen:  
DinArbG **Ines Koch** (Rheine)  
RARbG Thomas Kühl (Herne)  
VRLAG Günter Marschollek (Hamm)  
RARbG Dr. Guido Mareck (Iserlohn)



Manfred Jüngst

In de BRR **Köln** wurden  
– auf drei von sieben – Plätzen – ge-  
wählt:  
VRLAG *Manfred Jüngst* (Köln)  
RARbG Frederik Brand (Köln)  
RinArbG Dr. Amrei Wisskirchen (Bonn)

Die gewählten Vorsitzenden sind  
**halbfett**, die Stellvertreter **kursiv**  
gesetzt worden.

## Aus der Finanzgerichtsbarkeit

Wieder ein großer Erfolg  
für den BDFR

Nach den Ergebnissen der Wahl am 17. 12. 2010 werden erneut alle Ämter in den Richtervertretungen in der Finanzgerichtsbarkeit – wie bereits in den zurückliegenden 3 Wahlperioden – ausschließlich von Mitgliedern des Bundes Deutscher Finanzrichterrinnen und Finanzrichter ausgeübt:

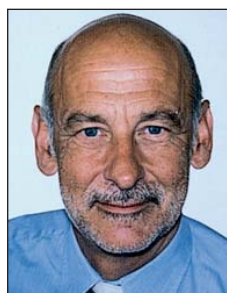


Helmut Plücker

**Präsidialrat**

Zum **Vorsitzenden** gewählt wurde  
**PrFG Helmut Plücker** (Düsseldorf)  
zu seinem Vertreter  
PrFG *Johannes Haferkamp* (Münster)

sowie als **weitere Mitglieder**  
VRFG Berthold Meyer (Düsseldorf)  
VRFG Werner Dittmer (Münster)  
VRFG Prof. Dr. Konrad Schüttauf (Köln)



Paul-Helmut Moritz

**Hauptrichterrat**

In den HRR wurden gewählt :  
*RinFG Claudia Büchter-Hole* (Münster)  
RFG Richard Adamek (Düsseldorf)  
RFG Herbert Dohmen (Köln)  
RFG Ingo Lutter (Münster)  
VRFG *Dr. Klaus Wagner* (Düsseldorf)  
**RFG Paul-Helmut Moritz** (Köln)  
RFG Heinrich-Bernhard Egbert (Münster)

Die inzwischen gewählten Vorsitzenden sind **halbfett**, die Stellvertreter **kursiv** gekennzeichnet.

**Roben**  
für Richter, Anwälte,  
Protokollführer in  
hervorragender  
Qualität.



Gerne senden wir  
Ihnen ein Angebot  
mit unseren 10  
versch. Stoffproben

Seit 1890  
*F.W. Jul. Assmann*

**Maßanfertigung und  
Konfektionsgrößen zu  
gleichen Preisen**  
(ab 215,- zzgl. MWSt.)

F.W. Jul. Assmann  
Postfach 1130,  
58461 Lüdenscheid  
Tel. ++49 2351/ 22 492  
Fax: ++49 2351/ 38 08 66  
jurist@f-w-jul-assmann.de  
www.f-w-jul-assmann.de

**Reichen sie  
die RistA-Hefte weiter  
an die Referendare**

## Aus der Sozialgerichtsbarkeit

# Erneut ein voller Erfolg für den Richterverein (RiV)

Die Ergebnisse der Gremienwahlen vom 6. Dezember 2010 waren für den RiV wiederum sehr erfreulich. Nachdem es 2006 erstmals gelang, fünf von sieben Sitzen im BRR zu erlangen, konnte dieses Ergebnis gehalten werden. Einen weiteren beachtlichen Erfolg konnte der RiV nunmehr bei der Wahlen für den HRR und Präsidialrat erzielen. Im HRR stellt der RiV statt bislang vier jetzt fünf von sieben Mitgliedern. Auch soweit es den Präsidialrat anlangt, konnte ein Sitz hinzugewonnen werden. Der RiV stellt nunmehr drei von vier Mitgliedern.



Heinrich Stratmann

### Präsidialrat

Zum **Vorsitzenden** gewählt wurde **PrSG Heinrich Stratmann** (Münster) (gemeinsamer Kandidat von RiV und Verdi/NRV) sowie als **weitere Mitglieder** VRLSG Josef Brand VRLSG Dr. Ulrich Freudenberg RSG Frank Behrend (Düsseldorf) Der RiV errang – erstmals – drei von vier Sitzen.



Dr. Ulrich Freudenberg

### Haupttrichterrat

Der RiV errang – erstmals – fünf von sieben Sitzen: VRLSG **Dr. Ulrich Freudenberg** RinLSG Elisabeth Straßfeld RinSG Edith Weis (Aachen) RSG Detlef Gebauer (Dortmund) RLSC Thomas Ottersbach



Hermann Frehse

### Bezirksrichterrat

In den BRR wurden – wiederum – auf fünf von sieben Plätzen gewählt: VRLSG **Hermann Frehse** RinSG Birgit Werheit (Dortmund) RLSC Dr. Oliver Kahlert RSG Marco Coltro (Köln) RinLSG Dr. Barbara Kniesel

Die inzwischen gewählten Vorsitzenden sind **halbfett** gekennzeichnet.

## Tod einer Richterin

### Kirsten Heisig – Geheimsache Selbstmord?

Die ARD sendet am 9. März 2011 von 22:45–23:15 Uhr eine Dokumentation zum Tode der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig (s. RiStA 6/2010 S. 11).

## Richtig fragen.



Von VorsRiOLG a.D. Wolf-Dieter Treuer, RiKG Katrin-Elena Schönberg und RA Thomas A. Treuer.  
2011. XIV, 129 Seiten. Kartoniert € 19,-  
ISBN 978-3-406-58884-6

### Das Werk

hilft Vernehmenden dabei, möglichst realitätsnahe Aussagen zu erhalten, diese zu protokollieren und zu bewerten. Dabei geht es neben dem Richter auch auf den **Rechtsanwalt** ein, für dessen tägliche Praxis die Bewertung der Aussagen seiner Mandanten und von Zeugen unerlässlich ist.

### Ihre Vorteile auf einen Blick

- kurze und prägnante Darstellung
- zahlreiche Beispiele erhöhen den Praxisnutzen.

### Aus dem Inhalt

- Beweisangebot der Parteien im Zivilverfahren
- Das Protokoll • Beweislehre • Darstellung des Beweisergebnisses im Urteil • Der Rechtsanwalt • Das Rechtsmittelverfahren.

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:  
**beck-shop.de** oder Verlag C.H.Beck · 80791 München · Fax: 089/38189-402 · [www.beck.de](http://www.beck.de)





## Wenn nicht jetzt, wann dann

# Eine funktionierende Justiz erwartet von der Politik:

## 1. Ein neues LRiStAG

Es geht voran beim **Landesrichter- und Staatsanwaltsgesetz** (LRiStAG)!

Die Staatsanwälte werden ihre örtlichen Personalvertretungen bekommen. Eines unserer vordringlichsten Ziele im Rahmen unserer Forderungen für ein neues LRiStAG wird Wirklichkeit.

Zwar geschieht dies nun (noch) nicht im Zusammenhang mit dem großen Entwurf LRiStAG, weil ein solches Gesetz einige Zeit an Vorbereitung und Abstimmung benötigt. Wir gehen allerdings davon aus, dass bis zum Ende des normalen Laufs der Legislaturperiode auch das neue LRiStAG verabschiedet werden kann.

Derzeit wird jedoch auf den Ebenen der Landesregierung, der Fraktionen der Regierungsparteien im Landtag und der beteiligten Verbänden wie dem Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW, dem DGB und dem dbb die **Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes** (LPVG) betrieben. Dabei ist deutlich geworden, dass alle Beteiligten die örtliche Personalvertretung der Staatsanwälte geregelt wissen wollen. Weil eben die Schaffung eines neuen LRiStAG erheblichen Zeitraum in Anspruch nimmt, soll nun im Rahmen der Reform des LPVG

dieser für uns enorm wichtige Schritt für mehr Demokratie und Mitbestimmung an der Basis gemacht werden.

Die Arbeiten an dem neuen Gesetz sind so weit gediehen, dass wir damit rechnen, dass im April/Mai 2011 ein Entwurf in das Parlament eingebracht wird. Nach der vorgeschriebenen Anhörung der Verbände könnten die Staatsanwaltschaften noch in diesem Jahr die gesetzlichen Grundlagen für die örtlichen Personalvertretungen bekommen. Daher hoffen wir, dass bei den im Jahre 2012 anstehenden Wahlen zu den Personalvertretungen der Staatsanwälte die örtlichen Personalräte (Staatsanwaltsräte) gewählt werden. Man stelle sich vor: in einer StA wie der von Duisburg (nahezu 60 Planstellen), Dortmund (65 Planstellen) oder Aachen (53 Planstellen) kann demnächst an Ort und Stelle über etwaige an der dortigen Behörde anfallende Probleme der beschäftigten Staatsanwälte auf kurzem Wege beraten und entschieden werden, der weite und oft mühsame Weg über die Bezirksvertretungen entfällt. Diese Regelungen dann in den Entwurf für ein neues LRiStAG zu übernehmen, wird kein Problem darstellen.

Außerdem wollen wir erreichen, dass Richter und Staatsanwälte nicht, wie es

zurzeit wieder geschieht, auseinander dividiert werden und unterschiedliche Bestimmungen erhalten. Die Altersregelungen, die jetzt für Richter und Staatsanwälte verschiedene Pensionierungszeiten vorsehen, sind ein mahnendes Zeichen!

Der nächste wichtige Punkt für ein neues LRiStAG ist die stärkere Beteiligung des Präsidialrats an Personalentscheidungen.

Oft genug kam es in der Vergangenheit zu Personalentscheidungen, bei denen es im Vorfeld – aber auch im Nachhinein – nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten gab, und der Eindruck entstehen konnte, dass der politische Einfluss der einen oder der anderen Seite stärker war als die in der Sache erforderlichen Notwendigkeiten. Die Lösung dieses Problems ist eine der wichtigsten Herausforderungen im Rahmen des Gesetzesentwurfs für ein neues LRiStAG. Wir fordern eine andere „Letztentscheidung“ über eine Personalbesetzung anstelle der jetzigen Regelung. Die derzeit nach dem LRiG vorgesehene Beteiligung des Präsidialrats ist jedenfalls keine echte Beteiligung im Sinne einer Mitbestimmung. Das aber muss unser Ziel bleiben: eine echte Mitbestimmung, auch in Personalfragen.

## 2. Mehr Stellen (500 plus 200 = X; X = U?)

### Stellenbasierte und personalverwendungsbasierte Belastungsquote

Im RiStA-Interview (Heft 6/2010, 6 ff.) wird der Justizminister des Landes NRW mit der Aussage zitiert, es würden deutlich weniger als die häufig vom DRB-NRW angeführten 500 Richter und 200 Staatsanwälte im Lande fehlen. Diese Zahlen seien um ca. 40 % gesenkt worden. Damit ginge eine im Vergleich zu den Vorjahren geringere Belastungsquote von – gerundet – 109 % bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit und 112 % bei der StA einher. Das ist auf der Basis einer stellenbasierten Überbelastungsberechnung richtig, aber nur die eine Hälfte der Wahrheit.

**Der Justizminister hat – stellenbasiert – Recht. Dennoch fehlen in allen Gerichtszweigen des Landes NRW nahezu 600 Richterinnen und Richter!**

In den Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes NRW fehlen nämlich nicht mehr gut 500, sondern eher 600 Richterinnen sowie gut 200 Staatsanwält(e)innen. Dass das kein Widerspruch ist, bedarf der Erläuterung.

In der Politik wird die Überbelastungsquote seit einigen Jahren auf der Basis der vorhandenen Stellen beschrieben. Begründet wird dies damit, dass die Politik die Haushaltsverantwortung hat und die Besetzung der Stellen erst nachfolgend geregelt wird. Diese stellenbasierte Berechnung orientiert sich also an dem, was sich an Belastung ergäbe, wenn alle Stellen besetzt, alle Kollegen gesund und niemand im Urlaub wäre.

Dass eine Stelle vorhanden und besetzbar ist, heißt aber nicht, dass sie besetzt ist

oder wird. Neben längerfristigen Erkrankungen und Abordnungen wirken sich hier u. a. auch z. B. Erziehungsurlauber aus, die einen Anspruch darauf haben, dass für sie im Falle der Rückkehr eine Stelle frei ist. Umgekehrt formuliert: selbst wenn wir nach PebbSy 100 % Stellen zur Verfügung hätten, würde sich eine Überbelastungsquote ergeben (müssen), weil eine gewisse Anzahl von Stellen freigehalten wird (werden muss). Wenn man also irgendwann einmal die Arbeitsbelastung dauerhaft auf 100 % reduzieren will, muss man dazu mehr als 100 % Stellen zur Verfügung haben. Die zusätzliche Quote dürfte mit 5 % halbwegs realistisch geschätzt sein.

**100% PebbSy Arbeitsbelastung = 105% PebbSy Stellen!**



Diese stellenbasierte Berechnung stellt also nicht das dar, was die Kollegen in den Dezernaten tatsächlich trifft. Die Arbeitswirklichkeit wird von der Belastungsquote nach der Personalverwendung, also von dem Quotienten aus Arbeitsmenge und tatsächlich arbeitendem Personal beschrieben. Naturgemäß ist diese PV-Quote lokal sehr unterschiedlich, fast ausnahmslos aber deutlich schlechter als die theoretische stellenbasierte Quote.

Zuzustimmen ist dem JM darin, dass sich die Situation insgesamt – u. a. durch 90 neue Stellen im Januar 2009 – verbessert hat. Die *stellenbasierte* Belastungsquote sieht (Stand III. Quartal 2010) gegenüber den Vorjahren in Teilbereichen sogar gut aus. Jeweils verglichen mit dem Jahr 2008 ergeben sich stellenbasiert folgende Zahlen:

In der **Arbeitsgerichtsbarkeit** konnte die Quote von 112,83 % auf 98,5 % gesenkt werden (das sind theoretisch sogar sagenhafte 3½ Richter zu viel!), in der **Finanzgerichtsbarkeit** von 111,09 % auf 102,83 % (Unterdeckung von 4½ Stellen). Hingegen stieg die Belastungsquote in der **Verwaltungsgerichtsbarkeit** von 103,32 % auf 108,16 %, so dass dort bei einem Stellenbestand von 446 Richterstellen 36 Stellen fehlen. In der **Sozialgerichtsbarkeit** sank die Belastungsquote von unerträglichen 124,40 % auf „nur“ 112,72 %. Dort fehlen 39 Stellen.

In absoluten Zahlen und damit haushaltstechnisch gravierender sind die Überbelastungsquoten der **Staatsanwaltschaft** und der **ordentlichen Gerichtsbarkeit**, selbst wenn man nur die günstigere *stellenbasierte* Überbelastungsbe-

rechnung betrachtet. Bei AG, LG und OLG (auch das OLG ist zuweilen überbelastet!) sank die durchschnittliche Belastungsquote von 111,32 % auf 108,09 %. Es sind 3 599 Stellen vorhanden, woraus sich ein zusätzlicher Stellenbedarf von 291 errechnet. Bei der StA sank die Überbelastung nach Stellen von 120,02 % auf 111,32 %. Dort fehlen aktuell bei 1 052,5 vorhandenen Stellen 119,15 Stellen.

Insgesamt fehlen also nach den offiziellen Zahlen des JM – stellenbasiert! – in den Gerichtsbarkeiten 367 Stellen (dabei sind die 3½ Stellen „Überbesetzung“ in der Arbeitsgerichtsbarkeit sogar unzulässigerweise gegengerechnet) und 119,15 Stellen bei der StA. Diesen Zahlen müsste eigentlich noch – siehe oben – ein Aufschlag von 5 % zugerechnet werden, da dauerhaft ein gewisses Kontingent freizuhalten ist. Daraus ergäbe sich eine Forderung nach 385 zusätzlichen Richterstellen und 125 StA-Stellen.

#### In der wirklichen Welt ist allein die reale Belastung maßgeblich

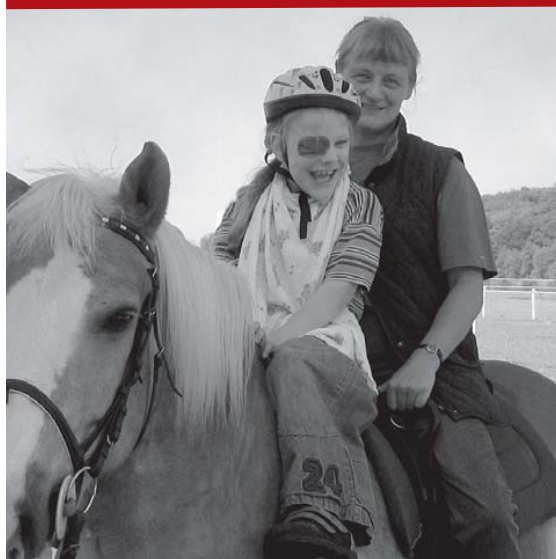
Diese Zahlen spiegeln die tatsächliche Überbelastung der einzelnen Dezernate aber nur indirekt wider. Die junge Staatsanwältin oder ihr Kollege beim Amtsgericht, die seit Jahren standardmäßig ein Wochenarbeitszeitpensum von 50 Stunden und mehr ableisten, interessiert es – zu Recht – wenig, wie viele Kräfte **theoretisch** zu ihrer Entlastung vorhanden sein könnten. In der wirklichen Welt ist allein die reale Belastung maßgeblich. Und an dem real existierenden Schreibtisch stellt sich die auf der Basis des tatsächlich eingesetzten Personals errechnete Belastung zumeist deutlich dramatischer

dar. So ist zwar die **Überbelastungsquote nach eingesetztem Personal** – Stand III. Quartal 2010 – bei der **Staatsanwaltschaft** von 132,92 % im Jahre 2008 auf 122,15 % gesunken. Dennoch sind von den vorhandenen 1 052,5 Stellen nur 959 besetzt. Zu dem oben dargestellten Stellenbedarf von 119,5 kommen also 93,5 nicht besetzte Stellen hinzu. Das heißt, dass insgesamt 213 Staatsanwälte fehlen, um zu einer Arbeitsbelastung von 100 % Peßbß zu kommen.

#### An den real existierenden Schreibtischen fehlen 510 Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und 213 Staatsanwälte

Die PV-basierte Belastung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, die in 2007 von 117,63 % bis 2009 auf 119,3 % angestiegen war, ist wieder gesunken, und zwar auf 115,10 % (Stand III. Quartal 2010). Dem entspricht in absoluten Zahlen, dass von den vorhandenen 3 599 Stellen derzeit 3 380 besetzt sind. Diese Zahl ist erfreulicherweise gegenüber 2009 (3 316) deutlich angestiegen, nicht zuletzt auch aufgrund von Signalen aus dem Ministerium, sämtliche freien und besetzbaren Stellen auch zu besetzen. Dennoch fehlen zusätzlich zu dem oben schon erwähnten Stellenbedarf von 291 also weitere 219 Kolleg-inn-en, weil theoretisch vorhandene Stellen nicht besetzt sind oder werden können. Das macht – *justitia non calculat* – 510 Richter-innen, die für eine Arbeitsbelastung von 100 % Peßbß fehlen.

Rechnet man den Fehlbedarf der Sozialgerichtsbarkeit, Finanzgerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichtsbarkeit hinzu, fehlen im Land nahezu 600 Richterinnen und Richter.



Spendenkonto: KD-Bank eG  
BLZ 350 601 90 · Konto-Nr. 2 101 599 054

**VOLMARSTEIN**  
die evangelische Stiftung

## So helfen Sie mit Buß- und Strafgeldern

Mit der Zuweisung von Buß- u. Strafgeldern ermöglichen Sie zusätzliche pädagogische, therapeutische und pflegerische Aufgaben in der Behinderten- und Altenhilfe, wie z.B. das Therapeutische Reiten.

Die Evangelische Stiftung Volmarstein betreut ambulant, teilstationär und stationär körperbehinderte, pflegebedürftige und alte Menschen.

Sie ist Träger von Wohn- und Pflegeheimen, Ambulanten Diensten, Schulen und Werkstätten, bietet Berufsausbildung, eine Orthopädische Fachklinik und ist in der Forschung tätig.

Gerne senden wir Ihnen Informationen, teilausgefüllte Zahlscheine und Adressaufkleber zu.

Hartmannstraße 24 · 58300 Wetter (Ruhr) · Telefon (0 23 35) 639-0  
Fax (0 23 35) 639-109/119 · E-Mail: [vorstand@esv.de](mailto:vorstand@esv.de) · <http://www.esv.de>

### 3. Angemessene Besoldung – nicht mehr, nicht weniger

„Ohne Moos nix los!“ – Der flapsige Spruch aus der Arbeits- und Geschäftswelt ist jedem geläufig. Aber wie sieht es bei Staatsanwälten und Richtern aus? Ist das nicht beschämend, dass die Vertreter einer Staatsgewalt – der Jurisdiktion – auf die Straße gehen, an Demonstrationen teilnehmen und die Bevölkerung an Info-Ständen über ihre Situation informieren müssen, weil sie sonst nicht gehört werden?! Schon rückt ein Streikrecht für Beamte in die Diskussion und in die Schlagzeilen der Tagespresse.

Dabei steht für den Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW der legitime Anspruch auf eine verfassungsgemäße, d. h. amtsangemessene Besoldung und Versorgung mittlerweile auch an vorderer Stelle. Neben den berechtigten Forderungen zur Personal- und Sachausstattung sowie zur Verbesserung der Mitbestimmung darf die Besoldung nicht vernachlässigt werden. Die *Amtsangemessenheit der Besoldung* ist die Messlatte für die Rechtmäßigkeit sämtlicher Besoldungskürzungen der vergangenen Jahre, die durch die Verwaltungsgerichte in vielen Musterverfahren überprüft wird.

Ein Rückblick: Vor Jahren entfiel das (karge) Urlaubsgeld von zuletzt i. J. 2003 ca. 255,- € ersatzlos. Die Sonderzuwendung (sog. Weihnachtsgeld) wurde für die Besoldungsgruppen der Staatsanwälte und Richter im Jahr 2003 auf 50 % abgesenkt und schließlich 2006 auf einen Bruchteil von 30 % zusammengestrichen. Mit der Kostendämpfungspauschale für die Beihilfe kamen 1999 und 2003 weitere, indirekte Gehaltskürzungen hinzu. Die Besoldung blieb trotz der linearen Anpassungen der letzten Jahre, die den Tarifrunden im öffentlichen Dienst folgten (2,9 % ab 1. 7. 2008, 3 % zzgl. Erhöhung der Grundgehaltssätze um 20,- € ab 1. 3. 2009 und 1,2 % ab 1. 3. 2010), deutlich hinter der Entwicklung der Preissteigerung in Deutschland und den Einkommen von Juristen in vergleichbaren Positionen außerhalb der Justiz zurück. Im europäischen Vergleich mit 29 Ländern belegt die deutsche Richterbesoldung seit Jahren einen der letzten Plätze. Die Assessorenbesoldung ist längst nicht mehr konkurrenzfähig mit der Folge, dass auch das Interesse des Nachwuchses an dem Beruf

der Richter und Staatsanwälte mehr und mehr schwindet. Der Justiz steht deshalb eine ausreichende Zahl qualifizierter Bewerber nicht mehr zur Verfügung.

Kein Geringerer als der frühere Bundespräsident Horst Köhler erklärte beim Festakt „100 Jahre Deutscher Richterbund am 19. 1. 2009 in Berlin:

*„Die Justiz muss auch hier in Deutschland attraktiv bleiben für die besten Köpfe. Das gesellschaftliche Ansehen der Richter und Staatsanwälte ist erfreulich hoch; die Bürger wissen zu schätzen, was da geleistet wird. Aber die Menschen, die diese Leistung erbringen, wollen begreiflicherweise auch materiell angemessen honoriert werden. Ich finde diesen Wunsch ganz ohne Wörterbuch sehr verständlich.“*

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW tritt weiterhin nachhaltig für eine Rücknahme der verfassungswidrigen Besoldungskürzungen und für eine amtsangemessene Besoldung und Versorgung der Richter und Staatsanwälte ein.

### 4. Mehr Service-Personal: Aus dem Tagebuch einer Servicekraft

**6.30 Uhr:** Check in; schon wieder 35 Stunden plus, weiß nicht, wann ich die nehmen soll, einer krank, einer im Urlaub, kein Gedanke an Gleiten – verfällt wohl mal wieder, naja, was soll's, kenn ich ja schon; beim Rechner-Hochfahren die ersten Fehlermeldungen, das Judica-Update wurde nicht erfolgreich installiert, Bit angerufen, kümmern sich drum, ok, erst mal Post holen und sortieren, bis der Rechner läuft.

**7.00 Uhr:** Mail aus der Verwaltung; alle Befristeten sollen um 12.00 Uhr zum Chef kommen; klingt nicht so, als würde es da um ne Verlängerung der Verträge gehen, jetzt ist mir echt übel, hatte das fest eingeplant, wurde doch bis jetzt immer verlängert, egal was vorher geredet wurde, na gut, mal abwarten und nicht aufregen, wird schon ... Oh, Judica geht wieder, na dann mal los ...

**8.00 Uhr:** Da kommt der Zutrag, och nö, Dezernent hat mal wieder ne Nachtschicht geschoben, wie es aussieht, und bei mir liegt noch so viel, die Kostenakten stapeln sich auch, weiß gar nicht, wann ich das alles schaffen soll; derzeit sind wir mit dem Ausführen der Verfügungen zwei Wochen im Rückstand, es rufen schon dauernd Anwälte an und fragen, warum ihre neue Sache noch kein Aktenzeichen

hat, PKH noch nicht bewilligt ist etc., weiß auch nicht, wie ich denen das begreiflich machen soll, die denken echt, wir drehen hier Däumchen und schimpfen ganz schön, ich gebe mir trotzdem Mühe, immer freundlich zu bleiben.

**9.00 Uhr:** Geschäftsleitung steht auf der Matte, ist aufgefallen, dass die PebbSy-Zahlen rückläufig sind, das könne ja nicht sein, wir würden bestimmt irgendwas immer falsch erfassen, wir sollen die Zahlen der letzten drei Monate mal nachprüfen – ja klar, habe ich auch Zeit für, wie stellen die sich das denn vor – ach, und wir sollen zählen, wie viele Akten bei jedem liegen und von wann die älteste Verfügung stammt, die Rückstände müssten abgebaut werden, ja, gute Idee, aber wie denn, wenn wegen Urlaub etc. praktisch immer einer fehlt und wir eh zu wenig Leute sind, wir Akten zählen und PebbSy-Zahlen nachprüfen sollen? Aber klar, kein Problem, mach ich, kann ja auch schlecht was sagen, will ja dass mein Vertrag weiterläuft, also ...

**10.00 Uhr:** Dezernent stürmt rein, ist sauer, hat gerade Sitzung und eine Sache sollte wohl aufgehoben sein, aber die Leute standen alle vorm Saal – ich finde die Akte auf meinem Stapel, kein Rotband drum gemacht,

wie soll ich denn da auch erkennen, dass es eilig ist, die Akten ohne Eilt-Deckel kommen halt der Reihe nach dran, habe ich schon hundertmal drauf hingewiesen, entschuldige mich aber und nehme mir vor, morgens jetzt doch immer erst alle Akten einmal durchzugucken, ob was Eiliges drin ist.

**11.00 Uhr:** Anruf der Geschäftsleitung, ich kann meine Nebentätigkeitsgenehmigung abholen, habe was gefunden, wo ich ausgleichen kann, dass mir letztes Jahr die Stunden gekürzt wurden wegen fehlender Stellenführungsmöglichkeiten, endlich die Genehmigung, juhu! Geschäftsleitung fragt, ob ich das denn wirklich machen müsste, das sähe nicht so gut aus, wenn die Justizbeschäftigten noch woanders arbeiten gehen müssten. Ich würde ja gerne hier mehr arbeiten, sage ich, aber das geht ja nicht und anders komm ich nicht rum, will ja vielleicht endlich mal ne eigene Wohnung und so. Brauch ich ja wirklich, dass die mir jetzt noch ein schlechtes Gewissen machen; will die Genehmigung mal lieber schnell abholen, bevor die sich das noch anders überlegen!

**12.00 Uhr:** Der Termin beim Chef, vom Personalrat ist auch jemand da, ich habe kein gutes Gefühl ...

**13.00 Uhr:** Wir bekommen alle keine Verlängerung mehr, diesmal wirklich, stehe unter Schock; habe ich echt nicht mit gerechnet, es war doch noch immer gut gegangen, die letzten fünf Jahre. Was jetzt?

**14.00 Uhr:** Ich melde mich telefonisch beim Arbeitsamt, die kennen das ja schon, die Verlängerungen kamen immer so spät, dass man sich vorher da schon melden musste wegen der Drei-Monats-Frist. Diesmal ist es ja dann klar.

**14.30 Uhr:** Ich rufe meine Bank an, hätte morgen eigentlich einen Termin dort wegen einer Kreditbewilligung, mein altes Auto lässt mich immer öfter im Stich, kann mir das aber wohl erst mal abschminken ohne Vertrag. Vielleicht

schafft er es ja doch nochmal durch den TÜV.

**15.00 Uhr:** Anruf aus der Wachtmeisterei, ach ja, ich habe ja heute Vorführungsdienst, also los zum Protokollführen, das ist seit dieser komischen Änderung zur U-Haft auch nicht mehr so einfach, wird wohl wieder nichts mit nem pünktlichen Feierabend...

**16.30 Uhr:** Die Vorführung ging doch recht fix, jetzt muss ich aber noch zwei Protokolle aus der Sitzung des Dezernenten von heute schreiben, steht drauf „eilig wegen Vergleich“, na dann ... oh, die sind ja gar nicht unter dem Aktenzeichen in Findentity, was ist denn da wieder schiefgegangen, mal unter Liste neue Diktate suchen ...

**17.30 Uhr:** Check out; mein Magen knurrt so – ach ja, bin ja heute mal wieder nicht in die Mittagspause gekommen, toll, jetzt sind es 38 Stunden plus, seufz, na dann bis morgen.

*Justizminister Kutschaty hat erklärt, dass im neuen Landeshaushalt 2011 32 Stellen für Richter- und Staatsanwälte zusätzlich eingerichtet und im nachgeordneten Dienst 200 befristete in unbefristete Stellen umgewandelt werden sollen. Das lässt hoffen – für unsere oben zitierte Servicekraft (nach einem wahren Fall) kommt das leider zu spät. Sie wurde, wie einige weitere Kräfte, nach dem 31. 12. 2010 nicht weiter beschäftigt.*

## 5. Technik jeweils auf dem aktuellsten Stand

Der DRB-NRW weist seit Jahren auf die Auswirkungen des Personalmangels für den Rechtsgewährungsanspruch der Bürger hin; die letzten Landtagswahlen haben wir informativ begleitet. Immer wieder wurden die Forderungen abgeblockt, weil ja bspw. als Ausgleich zum Personalmangel neue Computerlösungen angeboten worden seien.

Ein Mitarbeiter einer großen internationalen Düsseldorfer Unternehmensberatung hat kürzlich erfahren, womit die Justiz angeblich modern und zeitgemäß ausgestattet ist. Daraufhin bestand kurzfristig die Befürchtung, dass er vor Lachen ernste und dauerhafte Schäden davon tragen würde.

Ein Blick in die Produktbeschreibung einfacher PC-Anbieter zu dem, was heute zeitgemäß wäre, macht den Heiterkeitsausbruch verständlich. Kein Unternehmen mutet seinen Mitarbeitern solche Steinzeithardware zu, erst recht nicht denjenigen, die mehr Geld bekommen als Schreibkräfte oder einfache Sachbearbeiter. Pentium III? Keine Witze bitte. Ein einfacher PC für Büroanwendungen, der länger als vier Jahre an einem Arbeitsplatz steht? Das ist in der Privatwirtschaft selten, denn es ist zu teuer!

300 Fehlermeldungen an einem Arbeitsplatz zu TSJ pro Jahr? Kein Problem. 55 Sekunden zwischen der Auswahl einer Verfügung und dem Aufbau auf dem Bild-

schirm bei ACUSTA? Standard. Ein Drucker, der jedes zehnte Blatt so einzieht, dass es mit Werkzeug aus den Walzen des Papiereinzuges entfernt werden muss? Im Sommer, wenn bei Temperaturen über 25°C die Walzen weicher werden – unvorhergesehen von der Arbeitsplatzausstattung, von den Sachbearbeitern aber als gewohnt erlebt (ohne, dass man sich angesichts der Arbeitsüberlastung daran gewöhnen könnte). Programme, deren Texteditor keine Aufzählungszeichen beherrschen, ohne dass die anschließende Verfügung MIT nummeriert wie Be-treuTex? Kennt die Wirtschaft nicht mal mehr an der Kasse eines SB-Marktes ...

Der Unternehmensberater der Privatwirtschaft hat das Lachen beendet; er fragt nach den Bruttobezügen eines Justizjuristen R1 und ist fassungslos; die Netto-bezüge reichen an seine noch lange nicht heran, aber das mitleidvolle Gesicht hellt sich etwas auf.

Dann stellt er die Frage, die am besten von anderer Stelle beantwortet wird:

### Was kostet eine Stunde Richterarbeitszeit?

- Wie viele Stunden fallen über das Jahr wegen Warten auf langsame Systemprozesse aus?
- Wie viel kostet ein neuer Drucker?

- Was kostet ein moderner PC?
- Wie viele Personalstunden würden für inhaltliche Tätigkeit frei, wenn nicht die Top-Kräfte die Eingaben am PC machen müssten?

*Lassen wir die Fragen mal sacken.*

Vor kurzem wurde in der IT des Landes NRW auf das Betriebssystem Windows XP umgestellt, für das es voraussichtlich schon bald keine Unterstützung von Microsoft mehr geben wird.

Auch „Office“ wird gerade in der Version 2007 eingeführt, obwohl im Handel derzeit bereits die Version 2010 aktuell ist.

Also: Wenn beim Durchschnittsjuristen etwas „Neues“ ankommt, dann muss das auch mit Argwohn betrachtet werden. Als neulich beispielsweise im gesamten OLG-Bezirk Düsseldorf statt der Banddiktiertgeräte neue, digitale Aufnahmegeräte eingeführt wurden, da erinnerte sich eine Kollegin, eine frühere Rechtsanwältin, daran, dass ihr dies Gerät vor Jahren auch schon mal zur Verfügung stand. Aber sie wollte es noch mal erklärt haben – das war schon zu lange her.

Also Hand aufs Herz: Wie viel kostet der Einsatz der veralteten Technik die Justiz? Wie verstärkt sich der Personalmangel dadurch, dass die Arbeitsabläufe PC-bedingt stocken?

<p>Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.</p> <p><b>0800 - 1000 500</b></p> <p>Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.</p>		<p><b>Beamendarlehen mit *Best-Preis-Garantie</b></p> <p>Hypotheken- und Beamendarlehendiscounter</p> <p><b>* Best-Preis-Garantie der AK-Finanz:</b>          Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.d.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamendarlehen als bei uns - bei 12jähriger Laufzeit - (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen <b>100,- € Tankgutschein</b>.</p> <p><b>AK FINANZ</b>          Kapitalvermittlungs-GmbH          ES: 11 Planken          68159 Mannheim          Fax: (0621) 178180-25          info@ak-finance.de</p> <p><b>www.AK-Finanz.de</b></p>	<p><b>Angebotsbeispiel:</b>          Außerst günstige Beamten-/Angestellendarlehen, z.B. B.a.L./Angestellte o.D. unkündbar, 30J. alt, Lfz. 12 J., Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 50.000 € Darlehensnennbetrag, mtl. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000 € = 2%, Darlehensnetto-betrag 49.000 €, effektiver Jahreszins 6,66%. Bei 20 J. Lfz. Rate deutlich niedriger. Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilsverrechnung. Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 110%.</p>
--	---	--	--



**EDV-Ausstattung? Richtigstellung!****Kein Gefälle von oben nach unten**

Der Justizminister hatte anlässlich des Interviews in RiStA 6/2010 die Prüfung zugesagt, ob in der Tat Geräte, die zur Hard-wareausstattung der EDV gehören, für Oberlandesgerichte und Gerichts- und Behördenleitungen besser wären als bei den Amtsgerichten und ob Altgeräte „nach unten“ weitergereicht würden.

**Das Ergebnis der Prüfung ist eindeutig:**

Das JM und die IT-Dezernenten der drei OLGe weisen darauf hin, dass es feste, landesweite Reinvestitionspläne für Hardware auf Basis der IT-Statistik und früherer Beschaffungen durch die Zentrale IT – Beschaffungsstelle unter Zugrundelegung von Reinvestitionszyklen gibt.

Darüber hinaus stellt das JM ausdrücklich klar:

*Durch eine regelmäßige und rechtzeitige Erneuerung der in den Gerichten eingesetzten Hardware wird eine annähernd gleichmäßig gute Ausstattung aller richterlichen Arbeitsplätze sichergestellt. Dabei werden*

*weder Unterschiede zwischen den verschiedenen Gerichten noch zwischen den dort tätigen Bediensteten gemacht.*

*Zusätzlich erklärt das OLG Düsseldorf:*

*Vor diesem Hintergrund besteht für eine Weitergabe ausgedienter Geräte an andere Gerichte von vornherein gar kein Bedarf; nicht mehr benötigte Hardware wird vielmehr ausgesondert und bestmöglich verwertet (z. B. über die Justiz-Auktion [www.justiz-auktion.de] versteigert). Im Ergebnis darf die Justiz für sich in Anspruch nehmen, ihren Bediensteten zeitgemäße und leistungsfähige Geräte zur Verfügung zu stellen, die den Vergleich mit der Privatwirtschaft nicht scheuen müssen.*

Der Redaktion liegen dazu detaillierte Pläne und Aufstellungen vor, die das belegen. Die von Mitgliedern geäußerten Beschwerden über die Zuweisung von Altgeräten können danach nur Einzelfälle betreffen, in denen im Laufe eines Reinvestitionszyklus kurzfristig ein Gerät aus-

20. Deutscher Richter- und Staatsanwaltstag

**Auf nach Weimar !**

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW richtet – wie auf jedem Richter- und Staatsanwaltstag – wieder einen NRW-Abend aus.

Die Tagungsteilnehmer treffen sich dazu am Donnerstag, 7. April 2011, ab 19 Uhr in Weimar in der Gaststätte „Zum schwarzen Bären“.



[www.rista-tag.de](http://www.rista-tag.de)

getauscht werden muss. Um den schnellen Wechsel zu gewährleisten, kommen in diesen Fällen Drucker und Computer aus dem Reservebestand zum Einsatz. Den Klage führenden Mitgliedern wird dies in ihrem Empfinden vielleicht nicht spontan helfen; doch ist es gut, bestätigt zu bekommen, dass die Ausstattung nach klaren Regeln und festen Vorgaben ohne Ansehen der Person erfolgt.

Die Stellungnahmen des Ministeriums und der OLGe Düsseldorf und Hamm stehen auf der Internetseite [www.drb-nrw.de](http://www.drb-nrw.de).

**Wir gratulieren zum Geburtstag: März/April 2011****zum 60. Geburtstag**

- 3. 3. Helmut Zerbes
- 8. 3. Gabi Masling
- 16. 3. Gabriele Oelze
- 17. 3. Gudrun Rebell
- 21. 3. Uwe Bretschneider
- 6. 4. Wolfgang Spancken
- 12. 4. Ulrich Mertens
- 14. 4. Franz-Josef Stein
- 18. 4. Helmut Leufgen

**zum 65. Geburtstag**

- 3. 3. Dr. Manfred Cuypers
- 27. 3. Manfred Claßen
- 31. 3. Dr. Richard Gies
- 14. 4. Dietmar Richter
- 24. 4. Hans-Peter Zier
- 27. 4. Winfried Meiswinkel
- 29. 4. Udo Buhren
- 30. 4. Manfred Neukirchen
- Heino Osthus

**zum 70. Geburtstag**

- 28. 3. Heidrun Goerdeler
- 3. 4. Antje Quantz
- 7. 4. Klaus Heitmeyer
- 24. 4. Hans-Juergen Woepper

**zum 75. Geburtstag**

- 5. 3. Wolfgang Pauli

- 12. 3. Karl-Heinz Brockmann
- Hans-Manfred Hayner

- 28. 3. Dr. Jochen Engelhardt

- 6. 4. Klaus Beyer
- 8. 4. Friedrich-W. Hermelbracht

- 13. 4. Jürgen Vogt

- 20. 4. Klaus Haas
- Gisela Wohlgemuth

**und ganz besonders**

- 3. 3. Dr. Bodo Wabnitz (77 J.)
- 9. 3. Gerd Huelsmann (79 J.)
- 10. 3. Karl-Heinz Grönger (86 J.)
- Erich Kühnholz (89 J.)
- 11. 3. Meinolf Liedhegener (80 J.)
- 18. 3. Lothar Franke (77 J.)
- 20. 3. Josef Brüggemann (88 J.)
- Dr. Hans Windmann (80 J.)
- Dr. Helmut Wohlnick (78 J.)
- 24. 3. Dr. Helmut Heimsoeth (84 J.)
- 26. 3. Alfred Richter (84 J.)
- 27. 3. August-Wilhelm Heckt (77 J.)
- 1. 4. Paul Damhorst (84 J.)
- 2. 4. Dr. Gottfried Berg (83 J.)
- Dr. Karl-Ernst Escher (78 J.)
- Dr. Heino Welling (76 J.)
- 7. 4. Heinz Guenther Kniprath (78 J.)
- 8. 4. Adolf Koenen (82 J.)

- 8. 4. Heinrich Rascher-Friesenhausen (85 J.)

- 9. 4. Rolf Friedmann (91 J.)
- Dr. Heinz-Josef Paul (76 J.)
- Hartmut Schulz (77 J.)

- 11. 4. Walter Stoy (81 J.)

- 14. 4. Adolf-Otto Hildenstab (77 J.)
- Dr. Emil Kämper (77 J.)

- 15. 4. Julius Hansen (99 J.)

- 16. 4. Dr. Helmut Wolters (77 J.)

- 17. 4. Dr. Karl-Heinz Clemens (87 J.)

- 18. 4. Dr. Christoph Degenhardt (84 J.)
- Elisabeth Menne (77 J.)

- 19. 4. Ingrid Joeris (78 J.)
- Heinz Georg Pütz (76 J.)

- 22. 4. Dr. Rolf Coepicus (76 J.)

- 23. 4. Klaus Lammerding (76 J.)

- 24. 4. Helmut Roczen (78 J.)

- 27. 4. Friedrich Neumann (81 J.)
- Annelie Wilimzig-Reiberg (82 J.)

- 28. 4. Hans-Peter Rosenfeld (78 J.)
- Dr. Alfons Witting (81 J.)
- Reinhold Wördenweber (82 J.)

- 29. 4. Karlheinz Joswig (83 J.)
- Dr. Wolfgang Neuerburg (85 J.)

- 30. 4. Klaus Hassenpflug (77 J.)
- Wilhelm Janssen (79 J.)



## Bericht der StA-Kommission

Die Staatsanwaltskommission des Landesverbandes beschäftigte sich am 4. 11. 2010 mit der Einrichtung eines Sonderdezernats, in dem Körperverletzungsdelikte zum Nachteil pflegebedürftiger Menschen, die sowohl von Angehörigen der Pflegeberufe als auch von pflegenden Familienangehörigen begangen werden, verfolgt werden sollen. Angestoßen wurde dieses Projekt durch den bei der StA Aachen geschaffenen Ansprechpartner für Straftaten zum Nachteil von Senioren. Ein entsprechendes Forderungspapier wird derzeit intensiv beraten und voraussichtlich in Kürze von der Kommission verabschiedet.

Weiterhin wird in der Kommission die Ausgestaltung eines zu erwartenden ganztägigen Eildienstes diskutiert. Es besteht Einigkeit, dass ein solcher für kleinere Gerichte und Behörden ohne eine Zuständigkeitskonzentration nicht zu bewältigen sein wird. Die Einzelheiten werden in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit der Amtsrichterkommission ausgearbeitet.

Die StAKom tagt vier Mal im Jahr, normalerweise in den Räumen der StA Duisburg. Es wird gebeten, die genauen Termine der Website [www.drb-nrw.de](http://www.drb-nrw.de) zu entnehmen.

### Presseerklärung\*

## Zusammenlegung von Amtsgerichten gestoppt

Der Justizminister des Landes NRW hat die noch nicht Gesetz gewordenen Pläne über Zusammenlegungen von Gerichten gestoppt. JM Kutschaty begründete dies gegenüber der Nachrichtenagentur dpa: „Kleine Gerichte arbeiten oft effektiver und weniger anonym als große“.

Damit stimmt er im Ergebnis überein mit einer vom Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW bereits im Januar 2007 abgegebenen umfangreichen Stellungnahme. Nach dieser ist es verfehlt, die Strukturen der Justiz primär an Kostengesichtspunkten auszurichten und damit Zusammenlegungen zu begründen. Entscheidend müsse sein, welche Strukturen zu schaffen sind, um eine möglichst effiziente Arbeit der Justiz zu gewährleisten.

Der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, Reiner Lindemann, begrüßte die Entscheidung des Justizministers ausdrücklich und ergänzte:

„Spätestens seit dem Gutachten der Unternehmensberatung Kienbaum zur Organisation der Amtsgerichte aus dem Jahr 1991 ist bekannt, dass Gerichtsgröße und Effizienz in einem engen Zusammenhang stehen. In dem Gutachten wurden Amtsgerichte von mittlerer Größe als besonders effizient eingestuft. Die Erfahrungen der Praxis beweisen das zunehmend“.

\* des DRB-NRW v. 25. 1. 2011

*Aufnahme sofort!*

### Tag und Nacht - Hilfe für süchtige Menschen

Wir nehmen jeden hilfesuchenden Süchtigen (auch mit Kind/ern) schnell und unbürokratisch bei uns auf - ohne Vorbedingung. Wir arbeiten seit 35 Jahren erfolgreich nach dem Prinzip der Suchtselbsthilfe.



Tel. 030 55 0000  
[www.synanon.de](http://www.synanon.de)

# Synanon

LEBEN OHNE DROGEN

### Staatliche Anerkennung

Synanon ist eine anerkannte Einrichtung zur Behandlung Drogenabhängiger nach §§ 35 und 36 des BtMG

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch die Zuweisung von Bußgeldern.

STIFTUNG SYNANON  
Bernburger Str. 10  
10963 Berlin  
Telefon 030 55000-111

Commerzbank Berlin  
Kto. 658 700 000 (BLZ 100 400 00)



DER PARITÄTISCHE  
UNTERSTÜTZUNGSFONDS



### Beamten- und Angestellten-Darlehen Partner der Nürnberger Versicherung

**Sollzins (gebunden) 12 Jahre 5,60 %, eff. Jahreszins 6,68 % nach neuer EU-Richtlinie**  
Beispiel: 30-jähr. Beamten Sollzins (gebunden) 6,50 %, Laufz. 20 Jahre, eff. Jahreszins 7,45 %

35.000,- € monatlich 322,90 € inkl. Lebensversicherung  
60.000,- € monatlich 552,52 € inkl. Lebensversicherung  
Der Abschluss eines Versicherungsvertrags ist erforderlich  
Kosten der Bank 2% = 700,- € bzw 1200,- €  
Darlehensnettobetrag 34.300,- € bzw. 58.800,- €

NEU: Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre

**Info-Büro: 0800 / 77 88 000**

vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark  
Fax: 05130 / 79 03 95, [jaeckel@beamtendarlehen-center.de](mailto:jaeckel@beamtendarlehen-center.de)

[www.beamtendarlehen-center.de](http://www.beamtendarlehen-center.de)





## Eine Aktion des DRB-NRW

### Justiz in der Diktatur

Seit 2004 führt der DRB-NRW alle 2 Jahre eine Gedenkveranstaltung für den StA Dr. Martin Gauger durch. Er ist der einzige bisher namentlich bekannte Staatsanwalt, der 1934 den Eid auf Adolf Hitler und später auch den Kriegsdienst verweigerte und deshalb nicht nur sein Amt verlor, sondern 1941 im KZ Pirna ermordet wurde. Deshalb schuf der DRB-NRW in Abstimmung mit der Familie den **Martin-Gauger-Preis**, der in einem Schülerwettbewerb verliehen wird, um gerade der jungen Generation den Wert der Menschenrechte und die Bedeutung des Rechtsstaats bewusst zu machen.

Aus verschiedenen Gründen konnten sich leider in 2010 nur zwei Schulen – das **Widukind-Gymnasium in Enger** und die **Anne-Frank-Realschule in Ahaus** – an dem Wettbewerb beteiligen, so dass die Preisverleihung in das nächste Jahr verlegt worden ist. Den Arbeiten der beiden Schulen sollte aber in einer eigenen **Aktion des DRB-NRW** zum Thema „Justiz in der Diktatur“ besondere Beachtung zukommen. Als Anerkennung für ihre Leistung wurde jeweils eine Urkunde des DRB-NRW überreicht, die vom Landesvorsitzenden Reiner Lindemann gezeichnet und überschrieben war mit den Worten Martin Gaugers: *„Wenn einmal der Nebel sich zerteilt hat, in dem wir leben, dann wird man sich fragen, warum nur einige, warum nicht alle sich so verhalten haben.“*

\* \* \* \*

Die **Klasse 9b** des **Widukind-Gymnasiums** gestaltete in verschiedenen Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Beiträgen und selbst geschriebener Lyrik und Prosa eine Hörspielcollage, die beeindruckte.

Das Hörspiel begann mit dem Spruch **„und die Gerechtigkeit, die höher ist als alle Vernunft“**, dem sich ein Dialog zweier Engel anschloss über die Gerechtigkeit auf Erden, die Menschenwürde, Gleichberechtigung und Gleichbehandlung.

In den weiteren, jeweils musikalisch abgegrenzten Beiträgen (Streitgespräch, Urteilsbegründung in einem Nachkriegsprozess gegen Nazi-Richter, fiktives Interview mit Fidel Castro, u. a.) schlugen die Schülerinnen und Schüler einen Bogen von den Geschwistern Scholl über Todesurteile gegen „Volksschädlinge“, die ein Richter nach seinem Tod im Himmel bereut, und die sogenannte „Sonderbehandlung“ bis zu den Zuständen in späteren und heutigen kommunistischen Diktaturen sowie zu der Scharia im Iran.

Als Anerkennung für diese Leistung lud der Geschäftsführer des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, DAG



Christian Friehoff, Rahden, die Schüler aus Enger mit ihrem Klassenlehrer am 8. 12. 2010 zum Tag der Menschenrechte ins AG Rahden ein. Er erklärte ihnen in Verbindung mit einer Hausführung die Aufgaben und Tätigkeiten der Richter und Mitarbeiter eines Gerichts und bewirtete sie zum Abschluss mit einem kleinen Imbiss.

\* \* \* \*

Die **Anne-Frank-Realschule** in Ahaus hieß am 17. 1. 2011 die kleine Abordnung des DRB-NRW mit Reiner Lindemann und Christian Friehoff willkommen und stellte ihr Projekt zum Thema „Justiz und Diktatur“ vor. Schuldirektor Rudolf Homann erklärte, dass die ihrem Namen verpflichtete Schule ein besonderes Augenmerk auf Werteerziehung richte. Die regelmäßige Teilnahme am Martin-Gauger-Preis – die Schule wurde bereits zweimal ausgezeichnet – und die Arbeit an dem diesjährigen Projekt des DRB förderten das Bewusstsein der Schüler, dass sie selbst etwas tun müssten und auch tun könnten, um Zusammenleben in der Gesellschaft zu gestalten und eine funktionierende Gesellschaft zu erhalten. Die Schulleitung fördert das praktische Arbeiten mit der mit zwei Wochenstunden für zwei Lehrer extra ins Leben gerufenen Religions-AG – keine Selbstverständlichkeit im Schulalltag. Wie sehr sich das lohnt, stellte die ökumenische Religions-AG der Klassen 10 unter der Leitung von Anne Schwanekamp und Karl-Heinz Garthaus anschaulich unter Beweis. Begeistert berichteten sie den Gästen von der Entstehung ihres Projektes. Die Schülerinnen und Schüler hatten festgestellt, dass die zwei Begriffe Justiz und Diktatur nicht nur eng miteinander verbunden, sondern sogar voneinander abhängig sind. Bezeichnend dafür fanden sie einen Ausschnitt aus dem Film „Sophie Scholl“, in dem der oberste Richter des Volksgerichtshofs Freisler die Geschwister Scholl



verurteilte. Erschreckt hat sie die Erkenntnis, dass nicht nur in der Vergangenheit in Diktaturen die Rechte vieler Menschen grausam verletzt wurden, sondern dass dies auch heute noch in vielen Ländern geschieht. Bei ihren Vorbereitungen – u. a. auf einer Klassenfahrt nach Berlin mit Besichtigung des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Hohenschönhausen – begegneten den Schülern nicht nur Zeugnisse der Hitler- und der Stasi-Diktatur, sondern auch Berichte über aktuelle Menschenrechtsverletzungen. Unter dem Eindruck der Abschottung durch die bedrückenden Mauern Hohenschönhausens errichteten die Schüler als zentrales Symbol für Unfreiheit mit Styropor und Pappmaché, Kleister und Farbe drei massiv wirkende Mauern, eingefasst von Stacheldraht, in die rundum Informationstafeln über Unrecht und Widerstand eingearbeitet sind. Mit auf den Mauern aufgetragenen Graffiti verliehen die Nachwuchskünstler Forderungen nach Leben, Freiheit und Würde und dem Wunsch nach Frieden Ausdruck. Die Mauern sind in einem eigenen Schulraum ausgestellt, dessen Boden die jungen Menschenrechtler mit einlaminierter themenbezogener Zitate von Anne Frank, Berthold Brecht, Martin Gauer und vielen anderen pflasterten. Dieses Zusammenspiel hinterlässt beim Betrachter einen nachhaltigen Eindruck. Da überrascht es nicht, dass es bereits eine Anfrage für eine Wanderausstellung gibt. Der besondere Clou an der Leistung ist die gelungene aktive Einbeziehung der Mitschüler. Diese können mithilfe der Zitate-Wegweisung und der Mauer-Informationen ein von der Gruppe entwickeltes Kreuzworträtsel entschlüsseln. Die Mitschüler werden in ihrem Religionsunterricht eine Unterrichtseinheit für das Studium des Raumes und das Lösen des Rätsels nutzen können. Der Förderverein der Schule unterstützt das Projekt mit der Verlosung eines Preisgeldes unter den teilnehmenden Religionsklassen. Damit hat die klassen- und konfessionsübergreifende AG mit Unterstützung der beiden engagierten Pädagogen ein dauerhaftes Mahnmal gegen Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit geschaffen, das seinesgleichen sucht.

**www.NORDSEE-SANATORIUM.DE**  
Private Krankenanstalt  
Deichstraße 13a  
26434 Wangerland-Horumsiel  
Tel. (0 44 26) 9 48 80  
Fax (0 44 26) 94 88 99

**MERINO ROBE**  
FÜR HÖCHSTE ANSPRÜCHE!

**TRAGEKOMFORT**  
Sie werden keine leichtere Robe mit angenehmeren Trageeigenschaften finden, als die Robe ELITE.

**DIE REINE NATUR**  
Die Richter-/Staatsanwaltsrobe ELITE hat hochwertige Samtbesätze aus 100% Baumwolle.

**FEINSTE SCHURWOLLE**  
Der Oberstoff ist aus sehr hochwertiger, superleichter Schurwolle. Feinstes Merino-Kammgarn!

**AB HERSTELLER**  
Die Robe ELITE kaufen Sie bei uns direkt ab Hersteller!

**www.roben-shop.de**

**NATTERER**  
Profi Design NATTERER GmbH  
73730 Esslingen a.N.  
Zeppelinstraße 136  
Telefon 0711/3166980

## Westfälisches KINDERDORF

### Ihre Bußgeldzuweisung ...



### ... gibt misshandelten und vernachlässigten jungen Menschen eine neue Heimat!

Sie hilft über 300 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu einer neuen Heimat in Kinderdorffamilien und Wohngruppen. Sie trägt dazu bei, dass wir auch in Zukunft die richtigen Antworten auf die Notlagen junger Menschen geben können.

#### Ihre Bußgeldzuweisung

- sichert den hohen Standard unserer Hilfen und ermöglicht es, unsere Betreuungsangebote weiter an die Bedürfnisse benachteiligter junger Menschen anzupassen;
- trägt dazu bei, unsere Einrichtungen zu erhalten, zu renovieren oder auszubauen;
- macht die Finanzierung besonderer Therapien und Förderungen, Ferienveranstaltungen und Freizeitangebote erst möglich.

Seit mehr als 40 Jahren bieten wir den Gerichten jede notwendige Sicherheit: Bearbeitung Ihrer Bußgeldzuweisung durch geschulte und erfahrene Mitarbeiterinnen; Zahlungsbestätigung, Kontoauszüge, Hinweise auf säumige Zahler etc. senden wir Ihnen tagesaktuell und unaufgefordert zu. Und selbstverständlich stellen wir für Geldbußen keine Spendenquittungen aus.

Für den verantwortungsvollen Umgang mit den anvertrauten Geldern bürgt auch das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI).

Gern senden wir Ihnen weitere Infos zu und stellen Ihnen zur Arbeitserleichterung vorbereitete Adressaufkleber zur Verfügung.

#### Westfälisches Kinderdorf e.V.

Haterbusch 32, 33102 Paderborn  
Telefon: 052 51 | 89 71 - 0  
Fax: 052 51 | 89 71 - 20  
E-Mail: info@wekido.de  
Web: www.wekido.de

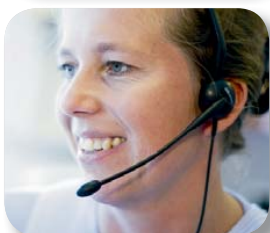
#### Bußgeldkonto:

Sparkasse Paderborn (BLZ 472 501 01) Konto-Nr. 117



# Abstammungsgutachten Vaterschaftsklärung

Nur ein Schritt für Sie...



## Service

- Wir organisieren und monitoren die Probenentnahmen weltweit...

## Probensicherheit

- Individuell erzeugte Barcodes auf den Entnahmematerialien.
- Die Probenentnahme erfolgt fast schmerzfrei aus dem Ohr, der Ferse oder der Fingerbeere. Das Blut wird auf ein Spezialfilterpapier getropft.
- Asservierung der Originalblutkarte mit Unterschrift des Probanden

## Wirtschaftlichkeit

Um den verschiedenen Anforderungen und Konstellationen bei Kindschaftsfragen sowie der Qualität und Wirtschaftlichkeit gerecht zu werden, bieten wir Ihnen folgende drei Gutachtenvarianten an.

- **Basis-/ Anfechtungsgutachten** 390,- €\*  
13 Systeme, 1 Kategorie, Richtlinienkonform  
Trioall (Kind, Mutter, mögl. Vater)
- **Komplettgutachten** 558,- €\*  
15 Systeme, 1 Kategorie, Richtlinienkonform  
(Kind, Mutter, alle in Frage kommenden Männer)
- **Vollgutachten** 690,- €\*  
18 Systeme, 2 Kategorien, Richt- u. Leitlinienkonform  
Trioall (Kind, Mutter, mögl. Vater)

\*zzgl. MwSt. und Probenentnahme

**2010**  
günstigere Konditionen  
für die Gerichte in NRW

## Qualität

- externe Akkreditierung der Analytik und der Abwicklung
- Richtlinienkonformität in allen Punkten (insbesondere die Qualifikation der Sachverständigen)
- Analytik aus Blut- und Wangenschleimhautzellen
- erfolgreiche Teilnahme an jährlich vier externen Überwachungen der Analysequalität



## Kontakt

- Eine persönliche Beratung oder weitere Informationen zum Institut oder zu unseren Gutachten erhalten Sie telefonisch unter 0 41 52 - 80 31 54.

...die Qualität unserer Gutachten

sichert Ihre Entscheidungsgrundlage.



**Institut für Serologie und Genetik**

Dr. med. Detlef Kramer • Dr. rer. nat. Armin Pahl  
vereidigte Sachverständige für gerichtliche Abstammungsgutachten  
Lauenburger Straße 67 • 21502 Geesthacht